

# Halt geben!

## *Aufgaben der Landespolitik in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode*

*Klimakrise, Corona-Krise, Energiepreiskrise, Ukraine-Krise – anhaltende und sich überlagernde Krisen bestimmen unsere Zeit. Sie setzen Politik wie Gesellschaft in einen andauernden Stresszustand. Viele Menschen spüren Unsicherheit, haben Sorgen und verlangen zurecht Antworten auf die Frage: „Wie weiter?“ Selten zuvor war es so wichtig, dass eine Regierung den Menschen Halt gibt, Planbarkeit ermöglicht, Krisenfolgen abfedert und eine Richtung aufzeigt.*

*In der ersten Hälfte der Wahlperiode erlebten wir in Brandenburg jedoch eine Regierung, die genau das nicht tat. Die Probleme wahlweise negierte oder sich für nicht zuständig erklärte. Eine Regierung, welche Entwicklungen nicht gestaltete, sondern passieren ließ, keine Richtung weisen konnte, weil sie selbst ohne Idee für Brandenburg war. Eine Regierung, die nicht in der Lage sein konnte, den Menschen in unruhigen Zeiten Halt zu geben, weil sie selbst kaum etwas zusammenhielt. Eine Regierung, die Sicherheit nicht als soziale Aufgabe verstand, sondern ausschließlich repressiv – wo doch ein starker und gut aufgestellter Sozialstaat wichtiger wäre, denn je. Klar ist: Die Probleme und Herausforderungen werden nicht kleiner.*

*Zu Beginn der zweiten Halbzeit sind aus unserer Sicht fünf Punkte zentral:*

### **1. Die Erneuerung des Sozialstaats- versprechens**

Der Krieg in der Ukraine hat in Europa bislang ungekannte Fluchtbewegungen ausgelöst. Viele Menschen suchen Sicherheit in den direkten Anrainerstaaten. Diese werden die Menschen jedoch nicht allein versorgen können. Auch in Brandenburg werden in den nächsten Tagen und Wochen viele Tausend Menschen ankommen. Für uns ist wichtig, dass auch in der Ukraine lebende Minderheiten ohne ukrainische Staatsbürgerschaft Schutz erhalten, so zum Beispiel ausländische Studierende aus arabischen oder afrikanischen Staaten. Dublin-Rückführungen in die Hauptaufnahmeländer der Flüchtlingsbewegung und Rückführungen nach Russland sind auszusetzen! In Brandenburg müssen die Kommunen sowie die Vereine und Initiativen der Zivilgesellschaft schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, die ankommenden Menschen gut zu versorgen.

Besonders die Frage ausreichender Beratungsangebote wird hier wichtig werden. Zudem ist sicherzustellen, dass landesseitig eine unbürokratische und schnelle finanzielle Unterstützung gewährleistet wird, bis auf Bundesebene geklärt ist, welche Sozialleistungen den Kriegsflüchtlingsen aus der Ukraine zustehen. Zentral für die Akzeptanz in der Bevölkerung wird jedoch die Erneuerung des Sozialstaatsversprechens sein: Es wird durch die Aufnahme Schutzsuchender keine Kürzungen im Sozialbereich geben. Das ist bei der Haushaltsaufstellung sicherzustellen. Was wir jetzt brauchen, sind höhere Ausgaben im Bereich Soziales. Hier fordern wir eine Verdopplung der bisherigen Mittel.

### **2. Ein Schutzschirm für Brandenburgs Wirtschaft**

Der Krieg in der Ukraine kann nur dadurch beendet werden, dass Russland die Waffen niederlegt und an den Verhandlungstisch zurückkehrt. Den Preis für die Sanktionen werden jedoch auch wir zu zahlen haben, insbesondere in Ostdeutschland. Russland ist einer der wichtigsten Handelspartner der brandenburgischen Wirtschaft. Viele Unternehmen sind auf Rohstoffe aus der Russischen Föderation angewiesen oder exportieren ihre Wa-

ren dorthin. Zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Überbrückung der Situation benötigen wir einen Landes-Schutzschirm für die Brandenburgische Wirtschaft. Mindereinnahmen oder soziale Härten für die Beschäftigten müssen abgefedert werden. Hier braucht es Unterstützung von der Bundesregierung.

### **3. Preisstabilität**

Nicht nur die Wirtschaft in Brandenburg wird von den Folgen der Sanktionen betroffen sein. Es ist davon auszugehen, dass diese auch die ohnehin enormen Preissteigerungen, insbesondere im Bereich Energie und Kraftstoff, weiter befeuern werden. Wir fordern hier einen Härtefallfonds des Landes für besonders betroffene Menschen. Die Landesregierung soll zudem ein Verbot von Stromsperren in Brandenburg aussprechen. Über den Bundesrat soll sich Brandenburg ferner für eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom, Heizung und Kraftstoff sowie für einen Energiepreisdeckel einsetzen. Sinnhaft erscheint auch eine Begrenzung des Gaspreises, für einen Sockel sowohl für private Haushalte als auch für Handwerk und Gewerbe. (Die Böcklerstiftung hat für Haushalte ein Modell von 8.000 Kilowattstunden zu einem Preis von 7,5 Cent vorgeschlagen. Das ist in etwa die Hälfte des Verbrauchs in einer 100-Quadratmeter-Wohnung.)

Das Jahr 2021 war für viele der großen Energiekonzerne eines der ertragreichsten ihrer Unternehmensgeschichte, schließlich waren die bisherigen Preissteigerungen weniger auf Engpässe, denn vielmehr auf Spekulation an den Strombörsen zurückzuführen. Diese sind zu unterbinden und eine öffentliche Kontrolle über die Strompreise ist zu ermöglichen. Es ist nicht hinnehmbar, dass einige wenige Konzerne Milliarden machen, während Familien selbst aus der Mitte der Gesellschaft ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können.

Nicht zielführend ist eine Rückkehr zu fossilen Energieträgern oder zur Atomkraft. Wenn wir uns aus der Abhängigkeit von Staaten wie Russland befreien sowie die Marktmacht einzelner Akteure brechen wollen, ist nur der beschleunigte Ausbau von erneuerbaren Energien sinnhaft. Die Energiestrategie des Landes muss unter diesem Gesichtspunkt vollkommen neu betrachtet werden.

### **4. Corona: Lehren und Vorbereitungen**

Bis heute hat das Land weder ernsthaft Lehren aus der Krise gezogen noch ist eine Vorbereitung auf eine mögliche neue Welle im Herbst erkennbar. Unabdingbar ist eine Stabilisierung der Krankenhaus-Infrastruktur. Als Linke streben wir hier eine Rückholung der Häuser in die Öffentliche Hand an. Zudem muss die Finanzierung der Kliniken endlich bedarfsgerecht erfolgen. Dafür ist eine Erhöhung der Investitionsverpflichtungen für alle Krankenhäuser auf 180 Millionen jährlich notwendig. Nicht erst seit der Pandemie ist sichtbar, dass es Korrekturbedarf bei Neubau und Renovierung von Gebäuden der Daseinsvorsorge gibt. Das betrifft nicht nur die technische Ausstattung (Digitalisierung), sondern auch den Zuschnitt der Gebäude. Teilungsunterricht, neue Lernformen, Vorbereitung von Unterricht, Pflege usw. erfordern neue Profile in Bauten.

Alleine für Schulen und Kitas werden in den nächsten Jahren in Brandenburg enorme Summen aufgebracht werden müssen. Eine Weiterführung eines KIP (als Ergänzungsfinanzierung der Landkreise) sollte sich auf diesen Bereich konzentrieren und bis zum Ende der Legislaturperiode ausgelegt sein. Im Bereich der Wirtschaftsförderung ist der Ausbau von Risikofinanzierung zwingend. Die bestehenden Möglichkeiten bei der ILB sind zu erweitern und auf Handlungsfelder im sozialen und kulturellen Bereich (außerhalb der Filmwirtschaft) zu erweitern. Der Bereich Kultur ist neben Tourismus und Familie der mit am meisten betroffenen und vernachlässigte Sektor in der Pandemie gewesen. Politisch

ist eine Neuordnung der Unterstützung zwingend. Vor allem in der Kreativwirtschaft, der Freien und gemeinnützigen Szene, der Soloselbstständigen etc. sind für den Neuanfang Hilfen notwendig, voraussichtlich auch dauerhafte Unterstützung um die Qualität der Angebote sicherzustellen. In Abstimmung mit den Akteuren sind die Instrumente auf Landesebene dieser Herausforderung anzupassen.

**5. 500 Mio. Euro  
– ein Zukunfts-  
sozialpakt für  
gleichwertige  
Lebensverhältnisse**

Brandenburg wächst – und das ist gut so. In den zehn Jahren der rot-roten Regierungsbearbeitung haben wir hierfür erfolgreich die Grundlage geschaffen. Doch wenn Wachstum nicht durch Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur begleitet wird, produziert es zwangsläufig Verlierer. Genau das erleben wir gerade. So steigen die Mieten, ebenso die Kaufpreise für Bauland und Eigenheime. Vielerorts werden Kitaplätze knapp, es fehlt an Schulen, und die Verkehrsinfrastruktur gerät an ihre Grenzen. Den Kommunen fehlt das Geld, mit der rasanten Entwicklung Schritt zu halten. Diese Probleme sind nicht naturgegeben, sie sind die Folge von politischen Entscheidungen. Genauer: Von Nicht-Entscheidungen. Die Koalition begreift nicht, dass dies in der Konsequenz sogar dazu führen kann, dass das Wachstum wieder abebbt – weil Menschen das Wohnen zu teuer und die Wege zu beschwerlich werden, es an Lebensqualität fehlt.

Uns droht, dass wir unsere mühsam erarbeiteten Errungenschaften verspielen. Mehr noch: Diese Entwicklung ist eine Gefahr für das soziale Zusammenleben, für das Verfassungsziel der gleichwertigen Lebensbedingungen und schlussendlich für unsere Demokratie. Denn gleichzeitig erleben wir eine zunehmende politische, soziale, wirtschaftliche und mentale Spreizung zwischen Stadt und Land. Es dominiert das Gefühl, dass der ländliche Raum nur noch als Funktionsraum angesehen wird, nicht mehr als Lebensraum von ca. 50 Prozent der Bevölkerung. Ein Grund dafür ist der Abbau staatlicher Dienstleistungen, eine Reduzierung öffentlicher Daseinsvorsorge, Mobilitätsproblemen und Finanzbeziehungen sowie Qualität und Umfang der wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Wollen wir ein weiteres Auseinanderdriften unserer Gesellschaft verhindern, brauchen wir hier ein umfassendes Investitionsprogramm. Für die kommenden zwei Jahre fordern wir einen Sonderfonds über mindestens 500 Millionen Euro für Investitionen in die soziale Infrastruktur in den Orten des Landes.